

# GRAPHISCHE

# PRESSE

Nr. 51. 39. Jg.

17. Dez. 1926

## ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

**Abonnement.** Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. monatlich exkl. Zustellung. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1,- Mk.

### Redaktion:

Hans Rosinger, Berlin N 24, Elsassstraße 86-88 III. Redaktions-  
schluß: Montag. Telefon Amt Norden 4268.  
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24. — Druck und Expedition:  
Conrad Müller, Schindelfeld-Lesung, Auguststraße 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten.* [Postverlagsgesellschaft Schreudtitz]

### An die deutsche Beamtenschaft!

Folgenden Aufruf erlassen der Allgemeine Deutsche Beamtenschaft, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund an die deutsche Beamtenschaft:

Das soziale Ringen der Besitzenden und der Besitzlosen hat sich in den letzten Monaten außerordentlich verschärft. Immer deutlicher zeigt sich, daß alle aus dem Krieg entstandenen Lasten auf die breiten Schichten der Beamten, Angestellten, Arbeiter und der sonstigen werktätigen Kreise unseres Volkes abgewälzt werden sollen.

Die Rationalisierung der Betriebe ist begleitet von Lohndruck und Verlängerung der Arbeitszeit; sie hat nicht etwa zur Verbilligung der Preise, sondern lediglich zur Erhöhung der Gewinnquoten der Unternehmungen geführt.

Die Hebung der sozialen Lage der Beamten, Angestellten und Arbeiter wird in dieser Zeit mehr denn je davon abhängig sein, daß die drei großen Gruppen der Arbeitnehmer ihre gemeinsamen Konsumenteninteressen erkennen und in geschlossener Front für eine Änderung der deutschen Wirtschaftspolitik eintreten. Die Rationalisierung der Industrie und die damit verbundene gesteigerte Produktion darf nicht zur Bereicherung einzelner Großkapitalisten führen, sondern sie muß eine sichtbare Preissenkung, eine Steigerung des Absatzes und damit auch die Wiedereingliederung von Arbeitslosen in die Betriebe zur Folge haben.

Auch für die Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten kann es nicht nur darauf ankommen, ihre Nominalgehälter zu erhöhen; auch sie bedürfen in erster Linie einer Hebung ihrer Kaufkraft. Bei der Überwindung der europäischen Wirtschaftskrise geht es darum, Produktionskraft und Absatzmöglichkeit wieder in Einklang mit einander zu bringen.

Hier läßt sich die allgemeine Lohnfrage der Arbeiter und Angestellten nicht trennen von dem Besoldungsproblem der Beamten. Niedrighaltung der Löhne und Gehälter, Verlängerung der Arbeitszeit, sozialer Druck in den Privatbetrieben lösen auch für die Beamtenschaft dieselben unsozialen Wirkungen aus. Massenarbeitslosigkeit und Personalabbau stehen in unmittelbarer Wechselwirkung.

Eine erfolgreiche gewerkschaftliche Bewegung der Beamten hat deshalb zur Voraussetzung, daß sie befähigt ist, sich gemeinsam mit den organisierten Arbeitern und Angestellten den großkapitalistischen Nutznießern unserer heutigen sozialen Not entgegenzustellen.

Die Einheitsfront der Arbeiter, Angestellten und Beamten kann verhindern, daß der Staat ein einseitiges Machtinstrument in den Händen der Industriellen und Großgrundbesitzer wird. Sie sichert die Deutsche Republik, in der allein ein freihetliches Berufsbeamtentum gedeihen kann. Sie erstrebt eine Wirtschaft, in der das gemeinwirtschaftliche Interesse stets dem Profitinteresse des einzelnen vorangeht.

Darum, Beamte, fort mit alten Vorurteilen: Hinein in die freie Beamtengewerkschaftsbewegung! Arbeitet mit an dem wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg unseres Volkes!

### Wirtschaftliche Rundschau.

Nach allen Barometern befindet sich die deutsche Wirtschaft zur Zeit in einer weiteren Aufwärtsbewegung. Nicht nur der Effektenmarkt ist in voller Blüte begriffen, obgleich in den letzten Tagen Kursrückgänge zu verzeichnen waren, die mehr Folge von kreditpolitischen Maßnahmen sind (Erklärungen des Reichsbankpräsidenten im Enqueteausschuß), auch die Warenpreise sind deutlich aufwärts gerichtet; zwar ist die Bewegung hier nicht einheitlich, aber die aufwärts führende Tendenz ist unverkennbar. Ebenso fügt sich die noch anhaltende, aber in der Hauptsache nicht weiter zunehmende Flüssigkeit des Geldmarktes, auch nach früheren Erfahrungen, in das Bild des beginnenden Aufschwunges ein. Der Geldmarkt befindet sich jedoch gleichsam in einem Zustande erhöhter Gefechtsbereitschaft; denn seine Mittel sind über den Kapitalmarkt hinweg zu einer Verstärkung

der Kassenhaltung und der flüssigen Reserven der Erwerbswirtschaften vorgerückt. Besonders deutlich wird der Übertritt in die Phase des Aufschwungs, wenn man die Gütererzeugung und die Güterbewegung betrachtet. Auf der ganzen Linie ist hier eine Wendung wahrzunehmen. Der Verkehr (Eisenbahn, Handel, Post) hat zugenommen. Die Produktion wichtiger Grundstoffe ist gestiegen. Die Einfuhr ist wesentlich gewachsen; die Ausfuhr hat unter Schwankungen eine leicht steigende Tendenz. Natürlich wird der nichterne Beobachter über die zahlreichen Anzeichen der Erholung gewiß nicht retardierende Momente vergessen. Insbesondere darf die ungünstige Lage des Arbeitsmarktes nicht vergessen werden. Wir können hier zwei Kurven bezeichnen. Einer saisonmäßig bedingten Zunahme der Erwerbslosigkeit (Aufhören von Außenarbeit) steht eine konjunkturbedingte Abnahme (Vervielfältigungsgewerbe) gegenüber. In welcher Weise sich Saison- oder Konjunkturschwankungen auf dem Arbeitsmarkt überlagern, hängt von der Dauer der Konjunktur ab. Und über die Dauer des Konjunkturaufschwunges läßt sich nichts Bestimmtes sagen; so viel scheint freilich festzustellen, daß er zwar durch äußere Momente (engl. Kohlenstreik usw.) ausgelöst worden ist, daß er aber auch durch innerwirtschaftliche Triebkräfte bedingt ist und daher bei einem Wegfall der äußeren Momente nicht ohne weiteres zum Stehen kommen dürfte. Diese Ansicht findet eine gewisse Berechtigung, wenn man das Kohlenabsatzproblem, als Ursache unseres Aufschwungs, nach dem englischen Streik im Rahmen der wieder akut werdenden internationalen Kohlenkrise betrachtet. Abgesehen von der weitsichtigen Politik des deutschen Kohlen-syndikates, aus der England-Konjunktur weniger einen Augenblicksvorteil durch hohe Preise, als den Dauervorteil der Eroberung neuer Märkte und sicherer Abnehmer durch Qualität zu ziehen, wird uns der Kampf um die Kohlenmärkte nicht erspart bleiben. Zumal die englischen Zechen jede Verständigung durch einen Kohlenausgleich ablehnen, im sicheren Bewußtsein ihrer billiger abbaubaren Vorkommen und ihrer besseren Qualitäten, die, wenn erst eine Rationalisierung des englischen Kohlenhandels und der Kohlenproduktion durchgeführt ist, sich ihre alte Stellung bald wieder erobern werden. Neben diesen nicht wegzuleugnenden Gesichtspunkten für den deutschen Kohlenabsatz, ist ein weiterer Grund, andere Bahnen zu beschreiten, die rapide wachsende Verwendung anderer Energiequellen als direkt Kohle, die zu einer weiteren Einschränkung des Kohlenbedarfs überhaupt führt; und zwar einerseits die Vermehrung der hydro-elektrischen Energiezentralen und andererseits die Verwendung flüssiger Brennstoffe im Benzinmotor und in den Dieselmotoren (Schiffbau). Damit kommen wir zum zweiten Problem, unter Umständen sogar zu einem Weltproblem, dem wachsenden Treibölverbrauch und sein dazu geringes Vorkommen. Ein Deutschland der Zukunft also, das seine Energiewirtschaft, dem Zuge der Zeit entsprechend (Automobil, Flugzeug), zu einem wesentlichen Teile auf Treiböl aufbauen würde, ohne sie selber aus einheimischen Rohstoffen herzustellen, wäre verloren und politisch gehandicapt, wenn man ihm die Zufuhr sperrte. Aus dem Kohleproblem wird also ein Ölproblem. Es wäre ein ökonomischer Selbstmord, wenn sich die Wirtschaft ganz allgemein auf ein Rohmaterial umstellen wollte, das in einigen Jahrzehnten nicht mehr vorhanden sein wird und ein doppelter Selbstmord, wenn dies Länder tun wollten, die es nicht selbst haben. Denn niemand könnte es z. B. den Amerikanern verdenken, wenn sie beim Schwinden ihrer Vorräte die Ausfuhr von Erdöl verbieten würden. Es konzentriert sich also das Hauptinteresse darauf: Wie kann man die Stoffe des Erdöls künstlich erzeugen und zwar aus Kohle künstlich erzeugen, denn ein anderes Rohmaterial kommt ja nicht in Frage. Mit der praktischen Lösung dieses Problems sind alle anderen, wie Kohlenabsatzkrise und Koksfrage belanglos. Es ist nun der deutschen Chemie gelungen, eine Reihe von Verfahren auszuarbeiten, die die Aufgabe in einer befriedigenden Weise

zu lösen scheinen. Einzelheiten dieser ungeheuer interessanten Dinge bleiben als Geheimnisse in den großen Konzernen verborgen und das instinktive Gefühl von Laien und Fachleuten, daß sich hier Fortschritte von ganz enormen Ausmaße vorbereiten, lassen Polemiken in unserer Presse, die unter dem Namen „Kohlenveredelung“ geführt werden, nicht zur Ruhe kommen. Dies nannten wir eingangs innerdeutsche Triebkräfte, die an einen wirtschaftlichen Aufschwung glauben lassen, und wir wollen nun einmal versuchen, unter Weglassung aller Einzelheiten, einen ganz allgemeinen Überblick über diese verschlungenen Probleme und die heute vorhandenen oder in Umrissen für die Zukunft angedeuteten Lösungen geben.

Noch vor dem Kriege gab es in der Kohlenveredelung allerlei technische Probleme, aber noch keine wirtschaftlichen. Die Kohle, und fast nur Steinkohle, wurde zum Teil in den Kokereien und Gasanstalten „verkokt“, d. h. einer Destillation unterworfen, wobei man ihr zunächst wichtige flüssige Stoffe: wie Ammoniak, Leuchtgas und Teer entzog und den Rest, den Koks, der Eisenindustrie oder dem Haushalte zur Verfügung stellte, welche die verfügbaren, wachsenden Mengen glatt aufnehmen. Ein viel größerer Teil der Steinkohle und besonders Braunkohle wurden direkt verfeuert. Mit der Zunahme des Verbrauchs an Nebenprodukten der Kokerei nahm die Verkokung immer größere Dimensionen an. Dabei bleibt aber eben zwangsläufig eine Menge Koks als Beiprodukt zurück und es wurde immer schwieriger, diesen Koks loszuwerden, da die Eisenindustrie immer weniger damit gleichen Schritt halten konnte. Dazu kommt die Erschließung anderer billigerer Energiequellen, die zu einer Einschränkung des Kohlenbedarfs weiter führt. Es stand also einer Nachfrage nach Nebenprodukten ein Angebot an Koks gegenüber. Einem Absatzkampf der Kohle stand und steht ein Kampf unter den einzelnen Volkswirtschaften um das Erdölvorkommen gegenüber. Es ist klar, daß bei der gegenwärtigen Machtverteilung auf der Erde Deutschland als ernsthafter Gegner nicht in Frage kam, und nur durch die Umsetzung dieser revolutionären Erfindungen in die Praxis kann ein Ausgleich geschaffen werden. Dies erfordert aber Kapitalkraft, und wir erinnern uns, daß im Herbst dieses Jahres von der Mehrzahl der im Rheinisch-westfälischen Steinkohlensyndikat zusammengeschlossenen Bergwerks-Gesellschaften eine Studiengesellschaft zum Zwecke eines gemeinsamen Vorgehens des Ruhrbergbaus auf dem Gebiete der Kohlenverwertung gegründet worden ist. Diese Gesellschaft ist als Vorläuferin einer größeren gedacht, die sich besonders die Hebung des Absatzes schwer verkäuflicher fester Brennstoffe zur Aufgabe stellen will. Das Ziel soll dadurch erreicht werden, daß sie die minderwertigen und schwer verkäuflichen Brennstoffe in flüssige und gasförmige umwandelt oder zu deren Herstellung verwendet, Anlagen für die Umwandlungsverfahren errichtet und betreibt; langfristige Lieferungs- und Konzessionsverträge abschließt, neue Verfahren bis zur technisch-wirtschaftlichen Reife durchbildet, Erfindungen von dritter Seite aufkauft und sich an Gesellschaften beteiligt, die ähnlichen Zwecken dienen. Diese vielseitigen großen Aufgaben können aber, abgesehen von der Schwierigkeit ihrer Finanzierung durch ein Einzelunternehmen, nur dann zu wirklichem Erfolge geführt werden, wenn nicht jede Bergwerksgesellschaft für sich allein Projekte entwirft, die sich vielleicht mit demjenigen der Nachbargesellschaft kreuzen, sondern wenn alle rheinisch-westfälischen Zechen nach gemeinsamem Plane vorgehen. Das umfangreiche Arbeitsgebiet der Gesellschaft soll sich zunächst erstrecken auf: die Ferngasversorgung, die Fernheizung, die Kohlenverschwendung und die Kohlenstaubfeuerung. Soweit die wirtschaftsgeschichtliche Entwicklung, und wir kommen nun zu den einzelnen Hauptarten der Kohlenverwertung in technisch-wirtschaftlicher Hinsicht.

Dem Problem der Gasfernversorgung liegt der Gedanke zugrunde, daß es geradezu ein Übel ist, einen hochwertigen Brennstoff auf der eigenen Zeche zu verfeuern und dafür geringwer-

tige Brennstoffe aus Mangel an Absatz auf Lager zu bringen, statt umgekehrt zu verfahren, nämlich die wertvollen Brennstoffe auf möglichst weite Entfernungen zu versenden und die geringwertigen restlos an Ort und Stelle zu verwerten, denn je größer die Zahl der Wärmeeinheiten ist, die sich je Gewichtseinheit befördern lassen, desto billiger ist der Transport eines Brennstoffs. Ebenso ist es mit den Gasen. Ein Starkgas, wie das Koksofengas, läßt sich natürlich auf sehr viel größere Entfernungen leiten als ein Schwachgas, z. B. Generatorgas. Voraussetzung für das Fernleiten von Koksofengas der Zechen des rheinisch-westfälischen Industriebezirks ist natürlich, daß genügend weniger wertvoller und teurer transportierbarer Brennstoffe zur Verfügung stehen, mit Hilfe deren der für die Zechen erforderliche Kraft- und Wärmebedarf gedeckt werden kann. Dies ist aber bis zu einem bestimmten Umfang der Gasabgabe ausnahmslos der Fall. Diese bestimmte Abgabehöhe des Koksofengases wird aber auch durch die Wirtschaftlichkeit der Ferngasversorgung in dem Umfang des Leitungsnetzes kompensiert, d. h. über eine bestimmte Gesamtlänge des Netzes hinaus wäre eine Rentabilität nicht mehr gewährleistet (in einem Umkreis bis zu 500 km Luftlinie). Im Gegensatz zu dieser Fernleitung steht die Fernheizung. Sie hat lediglich örtliche Bedeutung. Man würde sie daher richtiger als Stadt- oder Zentralheizung bezeichnen, da der Wärmeträger bei ihr, hochgespannter Dampf, trotz bestisolierter Rohrleitungen mit der Länge der Leitung derart starke Wärmeverluste aufweist, daß eine Wirtschaftlichkeit der Wärmefernleitung nur in sehr engen Grenzen möglich ist. Dieser Gedanke der sogenannten zentralen Stadtheizung soll besonders den Absatz der im Überfluß vorhandenen festen Brennstoffe, besonders des Kokses Rechnung tragen. Trotz des enischen Bergarbeiterstreiks sind immer noch weit über 1 Million t Koks im Ruhrgebiet aufgestapelt. Die Gründe für diesen Rückgang im Koksbedarf hier im einzelnen aufzuführen, würde zu weit führen.

Auf diese Weise allein, Ferngasversorgung und Fernheizung, läßt sich jedoch bei weitem nicht die gesamte überschüssige Menge an schlecht absetzbaren Erzeugnissen des Ruhrbergbaues unterbringen. Eins der Verfahren nun, durch die minderwertige und zwar der Form, nicht dem Aschengehalt nach minderwertige, also staubförmige Brennstoffe in hochwertige umgewandelt werden können, ist die Verschmelzung oder Tieftemperaturverkokung der Steinkohle. Die letztgenannte Bezeichnung dieses, ebenso wie die Verkokung zu den trockenen Destillationsprozessen der Steinkohle zählenden Verfahrens rührt daher, daß es nicht, wie der Verkokungsvorgang bei hohen Temperaturen zwischen 1000 und 1200°, sondern bei sehr viel tieferen, nämlich von 450° ab aufwärts bis 550°, durchgeführt wird. Während die Verschmelzung der Braunkohle zur Gewinnung von Teer als Ausgangsstoff für Benzin, Motoröle, Putzöle, Paraffin und andere Erzeugnisse schon lange in Deutschland betrieben wird, hat man die Steinkohle, hauptsächlich wohl wegen der entgegenstehenden größeren technischen Schwierigkeiten im Großbetriebe erst in den Nachkriegsjahren zu verschmelzen versucht. In erster Linie wollte man hochwertige Schmieröle und Motorbetriebsstoffe aus der Steinkohle gewinnen. Aber die alte Erfahrung bestätigt sich immer wieder, daß vom gegliederten Laboratoriumsversuch bis zur Ausführung einer mit vollem wirtschaftlichen Erfolge arbeitenden Großanlage noch ein langer, dornenvoller Weg ist. Es gelang nicht, aus dem Schmelztee ein hochwertiges Schmieröl in wirtschaftlicher Weise zu gewinnen, da er saure Verbindungen enthält, die die zu schmierenden Metallteile angreift. Dasselbe zeigt das zu gewinnende Benzin, dessen Ausbeute ein sehr intensives, stark verteuertes Waschverfahren erfordert. Das letzte ungeschlossene Problem, die Kohlenstaubfeuerung, ist schon in die Praxis umgesetzt. Und zwar im Großkraftwerk Rummelsburg, wo durch Zermalen hochwertiger Steinkohle der höchste Nutzeffekt an Wärmeeinheiten zur Herstellung von Elektrizität gewonnen wird.

Soweit über die Verfahren selbst; wie weit sie der Praxis näher gekommen sind, entzieht sich, da es Patente sind, jeglicher Beobachtung. Doch hofft man bald die ersten Produkte auf dem Markt zu sehen. Jedenfalls stehen wir an der Schwelle gewaltiger Umwälzungen, an denen die Arbeiterschaft in nicht geringem Maße beteiligt sein wird. *Erka.*

## Stellt die Anträge auf Rückerstattung zuviel gezahlter Lohnsteuer für das Jahr 1926.

Das Einkommensteuergesetz enthält Bestimmungen, die für besondere Fälle Erleichterung der Steuerlast zulassen. So besteht u. a. für den Lohnsteuerpflichtigen die Möglichkeit der nachträglichen Steuerermäßigung, d. h. der Lohnsteuerpflichtige kann auf dem Wege der nachträglichen Erstattung einen Teil seiner vom Lohn

abgezogenen Steuern zurück erhalten. Auf die nachträgliche Lohnsteuererstattung hat der Lohnsteuerpflichtige einen Rechtsanspruch, d. h. wenn die Voraussetzungen für die Rückerstattung erfüllt sind. Will der Lohnsteuerpflichtige von seinem Recht der Steuererleichterung Gebrauch machen, so hat er einen dementsprechenden Antrag an das zuständige Finanzamt (oder an die Gemeindebehörde) zu richten. Der Antrag kann sowohl schriftlich eingereicht, wie mündlich zu Protokoll gegeben werden.

Wenn kann für den Lohnsteuerpflichtigen eine nachträgliche Steuererleichterung eintreten? Sie tritt ein, wenn die allgemein vom Arbeitslohn freibleibenden Steuersummen infolge Verdienstauffalles (wie Krankheit, Streik, Arbeitslosigkeit) beim Steuerabzug nicht in voller Höhe berücksichtigt worden sind oder wenn besondere wirtschaftliche Verhältnisse vorliegen.

Als solche sind nach dem Einkommensteuergesetz anzusehen, wenn der Lohnsteuerpflichtige eine außergewöhnliche Belastung durch Unterhalt oder Erziehung einschließlich Berufsausbildung der Kinder, durch gesetzliche oder sittliche Verpflichtung zum Unterhalt mitteloser Angehöriger, auch wenn sie nicht zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählen (also an einem anderen Orte wohnen) durch Krankheit, Körperverletzung, Verschuldung, Unglücksfälle zu tragen hat. Weiter werden noch hinzugerechnet die besonderen Aufwendungen im Haushalt, die durch die Erwerbstätigkeit einer Witwe mit minderjährigen Kindern veranlaßt worden sind.

Der Antrag auf Lohnsteuerzurückzahlung kann nur jeweils für ein Kalenderjahr gestellt werden. Wird ein Antrag auf Zurückerstattung für 1926 gestellt, so muß er spätestens bis zum 31. März 1927 eingereicht sein.

Jahresbeträge unter 4,- RM. werden nicht erstattet, ebenso übersteigt der zu erstattende Betrag nicht die Höhe der einbehaltenen Steuerabzugsbeträge.

Wenn liegt z. B. ein Verdienstauffall vor? Ein Verdienstauffall liegt dann vor, wenn der Lohnsteuerpflichtige kein volles Arbeitsjahr aufweisen kann, d. h. durch Krankheit usw. verhindert war einer Beschäftigung nachzugehen. War ein Arbeiter acht Wochen während des Kalenderjahres arbeitslos, so werden ihm für acht Wochen die Lohnsteuern zurückerstattet. Es wird immer für die Zahl der Wochen, in denen der Arbeiter keine Beschäftigung ausüben konnte, die Steuer zurückerstattet.

Die Beträge, die zurückerstattet werden, werden vom Reichsfinanzminister als Pauschalsummen festgesetzt. Sie betragen für das Kalenderjahr 1926, bei ledigen, kinderlos verheirateten oder kinderlos verwitweten Arbeitnehmern für jede Woche Verdienstauffall 2,- RM., bei verheirateten oder verwitweten mit einem oder zwei Kindern für jede Woche Verdienstauffall 2,50 RM., mit mehr als zwei Kindern für jede Woche Verdienstauffall 3,- RM.

Bei Feststellung des Verdienstauffalles wird so verfahren, daß Teile einer Woche zusammen gerechnet werden. Acht volle Arbeitstage werden gleich einem Arbeitstag, sechs Arbeitstage gleich einer Woche gestellt. Vier Wochen gelten bei Monatslohnempfängern gleich einem Monat.

Rückerstattung erfolgt nicht, wenn ein Verdienstauffall von nur einer Woche festgestellt ist.

Bei Arbeitnehmern, die in der Zeit, in der sie nicht gearbeitet haben, ihren Lohn weiter bezogen haben, liegt ein Verdienstauffall nicht vor.

Bemerkte sei noch einmal, daß in keinem Falle mehr als die tatsächlich gezahlte Lohnsteuer zurückerstattet wird.

Als Nachweis des Verdienstauffalles wird im Falle der Erkrankung eine Bescheinigung der Krankenkasse, im Falle der Arbeitslosigkeit, der Aussperrung oder des Streiks die Erwerbslosenkarte, eine Bescheinigung der Erwerbslosenfürsorge, eines Berufsverbandes oder des Arbeitgebers anerkannt.

Die Erstattung wegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse ist ausgeschlossen, wenn Erstattung wegen Verdienstauffalles erfolgt ist. Nur dann, wenn eine Erstattung wegen Verdienstauffalles nicht in Frage kommt, kann ein Antrag wegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse gestellt werden. Unter Umständen kann, wenn auch bereits eine Erstattung wegen Verdienstauffalles erfolgt ist, der Antrag auf Erstattung wegen vorliegender besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse Berücksichtigung finden, wenn der, wegen Verdienstauffalles erstattete Betrag, nur von geringer Höhe ist.

Wie ist ein Antrag auf Rückerstattung zu viel gezahlter Lohnsteuer wegen Verdienstauffalles einzureichen? Hier ein Beispiel:

An das Finanzamt

Lohnsteuerabteilung.

Betrifft: Lohnsteuererstattung wegen Krankheit und Erwerbslosigkeit.

Auf Grund des § 93 des Einkommensteuergesetzes, beantrage ich die Erstattung von Lohnsteuer für das Kalenderjahr 1926.

Ich bin vom 1. Mai bis 1. Juli 1926 krank und vom 1. August bis 15. September 1926 erwerbs-

los gewesen. Während dieser Zeit habe ich keinen Verdienst bezogen.

Ich bin verheiratet und habe zwei minderjährige Kinder.

Die Bescheinigung der Krankenkasse über die Dauer der Krankheit und die Bescheinigung der Erwerbslosenfürsorge über die Dauer der Erwerbslosigkeit liegen bei.

(Unterschrift, Wohnort, Wohnung, Datum).

Ist ein Verdienstauffall wegen Streik, Aussperrung, Kurzarbeit entstanden, so ist der Rückerstattungsantrag ähnlich zu formulieren.

Wie ist ein Antrag auf Lohnsteuererstattung, auf Grund besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse zu stellen? Hier ein Beispiel:

An das Finanzamt

Lohnsteuerabteilung.

Betrifft: Lohnsteuererstattung wegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse (Verschuldung).

Auf Grund des § 93 des Einkommensteuergesetzes ersuche ich um teilweise Erstattung meiner gezahlten Lohnsteuer.

Im Juli dieses Jahres wurden mir durch Hausbrand fast völlig mein Mobiliar, Wäsche, Kleidung usw. vernichtet. Durch diesen Unglücksfall sind mir große Ausgaben erwachsen. Diese Ausgaben konnte ich nur zu einem geringen Teile von dem Gelde begleichen, welches ich aus der Brandversicherung erhalten habe. Da ich auch aus meinem Einkommen all diese Ausgaben nicht bestreiten konnte, war ich gezwungen ein Darlehen von 1000 RM. aufzunehmen. Ich bitte daher um Ermäßigung der Lohnsteuer, da mir dadurch die Abzahlung meiner Schuld wesentlich erleichtert werden würde.

Ich bin verheiratet und habe 4 minderjährige Kinder.

Eine Aufstellung über den durch den Hausbrand entstandenen Schaden und eine Aufstellung der durch den Unglücksfall sich notwendig machenden Anschaffungen, als auch den Schuldschein, lege ich bei. Den Schuldschein erbitte ich zurück.

(Unterschrift, Wohnort, Wohnung, Datum).

Der Lohnsteuerpflichtige braucht es nicht bei dem Antrag bewenden zu lassen. Er kann mehrere Anträge aus verschiedenen Gründen stellen, je nach Zusammentreffen der wirtschaftlichen Verhältnisse. So kann z. B. ein Antrag auf Rückerstattung sowohl gestellt werden, weil ein Unglücksfall vorliegt, als auch, weil die Verpflichtung zum Unterhalt von mittellosen Angehörigen besteht usw.

Die Höhe der Erstattung auf Grund wirtschaftlicher Verhältnisse ist in das freie Ermessen der Finanzämter gestellt. Die Erstattungssummen richten sich nach der Schwere der besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse und nach dem Gesamteinkommen.

Bei den Erstattungsanträgen auf Grund besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse ist es zu empfehlen, den Anträgen möglichst genaue Unterlagen wie Bescheinigungen usw. beizulegen.

Wird der gestellte Rückerstattungsantrag vom Finanzamt abgelehnt, so kann Beschwerde bei dem zuständigen Finanzamt entweder schriftlich oder mündlich zu Protokoll gegeben werden. Gibt das Finanzamt der Beschwerde nicht statt, so muß es die Beschwerde an das Landesfinanzamt weiter geben. Gegen die Entscheidung des Landesfinanzamtes kann schließlich noch die Rechtsbeschwerde an den Reichsfinanzhof in München eingelegt werden. Der Reichsfinanzhof entscheidet endgültig.

Jeder Arbeitnehmer, der einen Rechtsanspruch auf eine Lohnsteuererstattung hat, muß ihn auch geltend machen, sonst verfallen die oben aufgeführten Erleichterungen ihren Zweck. Man scheue daher nicht zurück, sein Recht wahrzunehmen. *P.*

## Beginn der Mitgliedschaft Versicherungspflichtiger bei der Krankenkasse.

Es ist vielfach die Ansicht verbreitet, daß die Mitgliedschaft krankensicherungsspflichtiger Personen bei einer Krankenkasse erst mit dem Tage der Anmeldung zur Krankenkasse beginnt. Diese Ansicht ist nicht richtig. Nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung beginnt die Mitgliedschaft Versicherungspflichtiger bereits mit dem Tage des Eintritts in die versicherungspflichtige Beschäftigung, d. h. also, wenn jemand eine Beschäftigung aufnimmt, die der Versicherungspflicht unterliegt, so wird er schon allein durch die Aufnahme der Beschäftigung versicherungspflichtig. Die Meldung zur Krankenkasse ist zwar auch äußerst wichtig, da sie dieser erst die Kenntnis von der Versicherungspflicht des Beschäftigten gibt, über aber auf den Beginn der Mitgliedschaft keinerlei Einfluß aus. Diese Bestimmung ist sowohl für die Versicherten als auch für die Arbeitgeber von großer Wichtigkeit. Wird der Beschäftigte nach Eintritt in die Beschäftigung krank und arbeitsunfähig, so besteht nach dieser Vorschrift sofort ein Anspruch auf Leistungen der Kranken-

kasse. Ferner bewirkt aber auch diese Bestimmung, daß die Krankenkassenbeiträge bereits vom Tage des Eintritts in die Beschäftigung gezahlt werden müssen. Wenn also auf der Anmeldung ein unrichtiges Eintrittsdatum angegeben wird, so ist das für die Erhebung der Beiträge ohne Wirksamkeit, wenn die Krankenkasse feststellt, daß der Eintritt zu einem früheren Datum erfolgte.

## Gegen Lockerung der Wohnungswirtschaft.

Der Erlaß des Preussischen Ministers für Volkswohlfahrt vom 11. November 1926, betreffend die Lockerung der Zwangswirtschaft für Wohnungen und deren Aufhebung für gewerbliche Räume, hat in den weitesten Kreisen der Bevölkerung, namentlich unter den Mietern, die größte Beunruhigung hervorgerufen.

Auch die Berliner Mieterbeisitzer haben dazu Stellung genommen. In Groß-Berlin amtieren bei den verschiedenen Mieteneinigungsämtern und Amtsgerichten rund 800 Mieterbeisitzer, die sich zu einer Vereinigung zusammengeschlossen haben, deren Vorsitzender unser Kollege Lange vom Verbandsvorstand ist, der auch dem Hauptvorstand des Reichsverbandes der deutschen Mieteneinigungsämter angehört.

Im Bürgersaal des Berliner Rathauses fand kürzlich eine Versammlung statt, die von über 400 Mieterbeisitzern besucht war. Die Erschienenen waren übereinstimmend der Ansicht, daß die Verordnung absolut verfehlt sei, daß sie eine ungeheure Gefahr für die große Masse der Gewerbetreibenden und der ganzen Mieterschaft bilde und daß es Pflicht eines Ministers, der die Volkswohlfahrt als Hauptaufgabe eines Ministeriums anzusehen habe, sei, diese Verordnung schleunigst wieder aufzuheben. Denn schon jetzt mehren sich die Fälle, in denen der schamloseste Wucher getrieben wird; die Wucherbestimmungen des Mieterschutzgesetzes reichen keineswegs aus, diese Übelstände zu beseitigen, da es außerordentlich zweifelhaft ist, ob durch eine Aufhebung des Vertrages wegen Wuchers nicht der ganze Vertrag infällig wird, anstatt nur die wucherliche Preisvereinbarung auf das angemessene Maß herabzusetzen. Die Versammlung nahm einstimmig einen Antrag an, den Volkswohlfahrtsminister zu ersuchen, daß er von dem ihm vorbehaltenen Recht des jederzeitigen Widerrufs sofort Gebrauch macht, um die unabsehbaren Folgen der Verordnung rechtzeitig abzuwenden. — Eine diesbezügliche Eingabe ist an den Volkswohlfahrtsminister abgegangen.

Die Mieterbeisitzer Groß-Berlins können infolge ihrer jahrelangen Tätigkeit auf allen Gebieten des Miet- und Wohnrechts sich wohl ein Urteil über die Folgen dieser überleiteten und ohne die gehörige Fühlungnahme mit den Kreisen der Mieterschaft und des Handels und Handwerks erlassenen Verordnung bilden. Wenn sie einstimmig zu dem Ergebnis gelangt sind, daß die Verordnung geradezu eine Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz der Gewerbetreibenden zugunsten einer kleinen Schicht von Hausbesitzern bildet, so darf ihre Stimme nicht ungehört bleiben. Es wird deshalb erwartet, daß der Volkswohlfahrtsminister seine Verordnung sofort zurückzieht.

## Eine Heimstätte des Ortsausschusses des ADGB in Hamburg.

Wie würde es wohl ohne die unermüdete Arbeit der organisierten Arbeiterschaft um uns bestellt sein, ganz abgesehen von den Lohn- und Arbeitsbedingungen? Wie viele kulturfördernde Arbeiten sind schon bisher durch das tatkräftige Vorgehen der Spitzenorganisationen zum Segen für die Arbeiterschaft geschaffen worden? Diesen Errungenschaften reiht sich in letzter Zeit eine neue an. Mit der Errichtung der Heimstätte des Ortsausschusses des ADGB in Hamburg, geboren aus der Not der Zeit, hat der Ortsausschuß mit verständiger finanzieller Hilfe des Hamburger Staates ein Heim geschaffen, das einzig dastehen dürfte; und jedem, der Gelegenheit hat, dieses Heim zu besichtigen oder zu benutzen, mit innerer Freude und Genugtuung erfüllen muß.

Lange Jahre hindurch waren die reisenden Handwerker in bezug auf Unterkunftslosigkeit, die Stiefkinder der organisierten Arbeiterschaft, nicht nur Hamburgs; auch in vielen anderen Großstädten sah es nicht besser aus. Bitter war es für die Ortsverwaltungen, wenn Zureisende sich nach Unterkunft erkundigten und es konnte ihnen keine annehmbare Stätte nachgewiesen werden. Wohl hatten die Gewerkschaften in der Vorkriegszeit beim Bau von Werkerschafthäusern auch in den meisten Fällen die Errichtung von Herbergen für Durchreisende mit vorgesehen. Die fast gänzliche Unterbindung der Wanderschaft in den Kriegs- und Nachkriegsjahren, hat diese Baulichkeiten an-

deren Zwecken dienstbar gemacht. Teilweise mußten sie zu Büreauräumen umgewandelt werden, weil die Gewerkschaften, bei dem Ansturm, der nach Kriegsende erfolgte, mit den bisherigen Räumen nicht mehr auskommen konnten.

Nachdem sich nun die Verhältnisse soweit stabilisiert haben und die, die Freizügigkeit hemmenden Bestimmungen gefallen sind, setzte auch die Wanderlust der Handwerksgesellen wieder ein, und die Frage der Unterkunft, für die zu sorgen, eine Aufgabe des Ortsausschusses ist, rückte in den Vordergrund. Diese Aufgabe zu lösen in der gegenwärtigen Zeit, wo die Gewerkschaften nicht in der Lage sind, die Mittel hierfür beschaffen zu können, ist sehr schwierig und war auch für den Hamburger Ortsausschuß nur möglich, indem Staatsmittel einmütig von Senat und Bürgerschaft bewilligt wurden. Aber nicht nur die Unterkunft für die waltenden Handwerksgesellen ist hier geschaffen, auch für die wandernde Jugend ist gesorgt.

Die beiden oberen Stockwerke dieses geräumigen siebenstöckigen Gebäudes stehen dem Hamburger Jugendamt zur Verfügung. Neben Räumlichkeiten für Sitzungen, kleine Versammlungen, ist auch für etwa 80 jugendwanderer Unterkunft geschaffen.

Es handelt sich bei der hier geschaffenen Heimstätte nicht um eine Herberge, wie wir sie aus unseren Wanderjahren kennen. Hier finden wir nicht die großen Schlafsäle, in denen oft gegen 20 und mehr Personen untergebracht wurden. Kein Zimmer mit mehr wie zwei Betten, in jedem Zimmer, zu jedem Bett gehörig, ein verschließbarer Schrank. Dampfheizung und Warm- und Kaltwasserversorgung in allen Räumen. Eine Einrichtung und Sauberkeit, die sich mit manchem, den Anspruch auf erstklassig erhebbenden Hotel messen kann. Man kann sich vorstellen, daß mancher reisende Handwerker mit Herzklopfen einen, für seine Verhältnisse so komfortabel eingerichteten Betrieb betritt. Wer aber weiß, daß diese Heimstätte geschaffen ist in erster Linie für den reisenden Handwerker, der wird mit Bewunderung die Leistungen der organisierten Arbeiterschaft betrachten und in ihr eine wirkliche Stätte der Erholung finden.

Ulrich.

## „Aus der Mitgliedschaft Stuttgart“.

Als Entgegnung auf den Artikel „Aus der Mitgliedschaft Stuttgart“ in Nr. 47 der „Gr. Pr.“ werden wir um Aufnahme folgender Richtigstellung gebeten:

Herr Richard Gühring wurde am 3. Juli d. J. in meinem Hause als Offsetdrucker eingestellt, obwohl er nur gelernter Umdrucker ist. Da er seinem Posten nicht gewachsen war, erfolgte am 8. Oktober die Kündigung mit der ausdrücklichen Begründung, daß seine Leistungen nicht entsprechen, denn es stellte sich heraus, daß er das Mischen der Farbe absolut nicht beherrscht. Gühring veranlaßte den Betriebsrat, bei mir nachzusuchen, ihm einen Posten als Umdrucker zu geben, welchem ich jedoch nicht stattgeben konnte, da ich schon zwei Mann dafür beschäftigte. Nur wurde ich gebeten, Gühring wenigstens ein anderes Entlassungsschreiben zu geben, mit dem Vermerk, daß die Kündigung wegen Arbeitsmangel erfolgt ist. Dies aus dem Grund, damit G. Arbeitslosenunterstützung erhalte. Ich ließ mich dazu bewegen, obwohl es der Wahrheit nicht entsprach, und als Dank dafür sieht sich G. veranlaßt, unwahre Aussagen über meine Firma auszustreuen.

Ich kann der Schriftleitung den Vorwurf nicht ersparen, daß sie sich vor Aufnahme fraglichen Artikels nicht auch auf der anderen Seite über den wahren Sachverhalt erkundigte. In meinem Betrieb werden die Angestellten allein nach ihren Leistungen bewertet und spielt es keine Rolle, ob dieser oder jener irgend noch eine Funktion für den Verband ausübt bzw. welche Interessen nach dem Geschäft vertreten werden. Der beste Beweis dafür ist, daß eine größere Anzahl meiner Leute in Bälde ihr 25-jähriges Jubiläum bei mir begehen.

Gust. Reisacher.

Dazu wird uns aus Stuttgart geschrieben:

Zu der Erwiderung des Herrn Reisacher auf unseren Artikel in Nr. 47 der „Gr. Pr.“ hätten wir einige Bemerkungen zu machen. Herr Reisacher greift aus unserem Artikel die Mitteilung auf, der Kollege Gühring sei wegen seiner Verbandstätigkeit entlassen worden. (Zur Orientierung unserer Kollegen: Kollege Gühring ist Gauleiter unseres Verbandes). Wir sind nicht so naiv, um nicht zu wissen, daß man dies nicht als Entlassungsgrund anjagt. Es gibt ja auch andere Auswege. Der mißliebige Kollege war eben einfach „seiner Arbeit nicht gewachsen“. So kann man das doch auch nennen. Herr Reisacher war ja bei der Einstellung des Kollegen Gühring bekannt, daß dieser nicht eingearbeiteter Offsetdrucker ist, sondern als

Umdrucker bei verschiedenen Firmen zu deren Zufriedenheit tätig gewesen ist. Alle Kollegen unseres Verbandes wissen, daß man zum Einarbeiten Zeit braucht und einige Wochen darüber vergehen werden. Diese Praxis wurde auch bei der Firma Reisacher angehängt in mehreren Fällen geübt. Umso mehr wundert es uns, daß sie im Falle des Kollegen Gühring so wenig Anwendung fand. Man hatte sogar schon von seiten der Betriebsleitung im Sinn, dem Kollegen Gühring 14 Tage vor seinem tatsächlichen Kündigungsstermin zu entlassen. Also war der Termin zum Einarbeiten recht kurz bemessen.

Daß der Kollege Gühring einen Abgangsschein verlangte, auf welchem der Vermerk „wegen Arbeitsmangel entlassen“ geschrieben war, ist nicht mehr wie recht und billig, da er sonst ja wochenlang um seine Arbeitslosenunterstützung gebracht worden wäre. Ein besonderer Dank kann also nicht in Frage kommen.

Mit der anderen Seite, bei der man sich über den „wahren Sachverhalt“ hätte erkundigen sollen, kann Herr Reisacher doch nur die Herren Unternehmer meinen. Die kommen für uns ganz gewiß nicht in Frage. Für uns sind unsere Kollegen maßgebend. Die Kollegen der Firma Reisacher waren zum großen Teil ja auch in der Zahlstellenversammlung anwesend und haben die Ausführungen des Kollegen Gühring zu seinem Fall un widersprochen gelassen. Also waren wir über die Sache orientiert.

Über die Schlußabhandlung der Erwiderung, daß „niemand wegen seiner Verbandstätigkeit irgendwelchen Schikanen ausgesetzt sei“, lassen wir die Kollegen selbst urteilen. Wir glauben bestimmt, daß viele ein Lied davon singen können. Wir wollen natürlich damit nicht sagen, daß es nicht auch Kollegen gibt, die 25 und mehr Jahre bei ein und derselben Firma beschäftigt sind.

Wir sind trotz der Entgegnung des Herrn Reisacher nicht von dem Glauben abzubringen, daß bei einigem guten Willen seitens der Betriebsleitung es dem Kollegen G. möglich gewesen wäre, sich einzuarbeiten. Aber heute gilt der Arbeiter gar nichts und der Profit des Unternehmers ist der entscheidende Faktor.

Die Nutzenanwendung für unsere Kollegen ist: mehr denn je Solidarität zu üben, nicht mit Worten, sondern in der Tat. Es ist immer noch so und wird auch so bleiben, daß nur die Einigkeit stark macht, und mancher Kollege müßte nicht das bittere Brot der Arbeitslosigkeit essen, wenn oben Gesagtes Allgemeintum aller Arbeitenden wäre!

## Internationale Kampfrevue.

Wie aus Schweden mitgeteilt wird, haben die schwedischen Unternehmer den in Kraft befindlichen Tarif für Lithographen, Steindruckern und Chemigraphen zum 31. Dezember gekündigt. Mit der Kündigung ist die Absicht verbunden, die Löhne zu senken, die Bestimmungen über das Lehrlingswesen zumgunsten der Gehilfen zu ändern und die Bestimmungen über bezahlte Ferien zu beseitigen. Die schwedischen Kollegen dagegen haben Anträge gestellt, die tariflichen Positionen zu verbessern. Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, daß es im graphischen Gewerbe Schwedens am 1. Januar 1927 zu einem schweren Konflikt kommt. Die schwedischen Kollegen haben deshalb den dringenden Wunsch, bis zur Behebung dieser Differenz jeglichen Zuzug an Arbeitskräften aus dem Ausland nach Schweden zu unterbinden. Der Vorstand des Internationalen Bundes der Lithographen hat sich mit dieser Sachlage beschäftigt und beschlossen, bis auf weiteres Schweden für die ausländischen Kollegen zu sperren. Schweden ist also gesperrt! Wir nehmen an, daß jeder deutsche Kollege weiß, was das heißt und entsprechend handelt.

In Nr. 45 der „Gr. Pr.“ berichteten wir über einen Streik in Porto in Portugal; der Streik geht noch immer mit unverminderter Heftigkeit weiter. *Portugal bleibt deshalb auch weiterhin für den Zuzug ausländischer Kollegen gesperrt!*

## Adressen-Änderungen.

- Nachtrag zum Adressenverzeichnis der Auskunftsteiler, siehe „Graphische Presse“ Nr. 45.
- Aschaffenburg:** Willi Grossmann, Goldbacherstraße 4.
- Aschersleben:** Arthur Müller, Holzstr. 12, I.
- Hannover:** Chemigr.: M. Langnickel, Hannover-Kleefeld, Brentanostr. 28, II r.
- Kaiserslautern:** Gustav Feldbusch, Hackstr. 24.
- Regensburg:** Karl Dold, Winklergasse 8, II.
- Saarbrücken:** Willy Breiden, Mainzer Straße 56.

# Feuilleton.

## Der Bücherkreis.

II.

Das 10. Werk (4. Werk der Jahresreihe 1926) ist wieder ein Roman: *Angela*. Von H. O. Stolze. Der Roman spielt im 17. Jahrhundert; Angela ist ein „Hexenkind“, das nach freudloser Kindheit im Hause eines gütigen Humanisten Zuflucht findet, dessen Liebe erwirbt, schließlich aber in der dumpfen Enge der konfessionell verhetzten Umwelt zugrundegeht. Um den Kollegen ein Urteil über dieses Buch und das Wollen des „Bücherkreises“ zu ermöglichen, soll ein Abschnitt folgen:

Eines Tages rief Herr Curtabatt Angela zu sich in sein Laboratorium, das sie bis dahin nur flüchtig betreten hatte. Ausgestopfte Tiere und Tiere in Gläsern standen ringsum auf Gestellen, die eine Wand war mit einer kleinen Esse und Blasebalg versehen, auf den Tischen standen sonderbare Instrumente, Gläser, Flaschen und Werkzeuge. Curtabatt zeigte und erklärte dem Mädchen die Tiere. Dann zog er aus einer Schieblade Mappen heraus, die voll gepreßter Pflanzen waren, und nun benannte Angela viele Blumen mit den heimatlichen Namen, wie ihre Mutter sie ihr gezeigt, besonders die heilkräftigen Blumen und Kräuter.

Vielcs verstand sie nicht, was er da mehr vor sich himmelmelte als sprach. Aber hie und da traf sie eine neue Erkenntnis und überflutete sie — oft nur einen Augenblick — mit dem Gefühl, als öffne man vor ihr ein Tor und viele Wunder sollten ihr nun enthüllt werden.

Als er dies einmal bemerkte, sagte er lächelnd: „Du glaubst vielleicht wie viele, ich sei ein böser Zauberer oder auch nur einer von jenen Armen, die ihr Leben lang der Chirmäre des Goldmachens nachjagen, wenn du von solchen gehört hast. Habe keine Angst — ja, ich mache Gold — das Gold neuen Wissens, das mir unter den Händen hervorquillt. Nichts fürchten die Menschen mehr als zu Nichts. Und darum wollen sie es verbieten als sündhaft und frevelhaft.“

Es wurde Herbst. Noch schönere Tage kamen für Angela. Herr Curtabatt nahm sie an Sonntagen mit sich in die Umgebung der Stadt, und sie mußte ihm beim Sammeln von Pflanzen und kleinen Tieren helfen. Gar mancher Bürger wunderte sich über das merkwürdige Paar, das da mit Schachteln und Büchsen in der Frühe schon auszog, und schüttelte den Kopf sowohl über dieses

nährliche Treiben wie über die Versäumnis des Gottesdienstes.

Sehr häufig endeten ihre Wege in dem großen Garten am See, wo Herr Curtabatt ein leichtes Sommerhaus besaß. Und hier klangen solche Tage aus in tiefem Frieden. O wie liebte Angela diesen Garten!

Meist kam dann Frau Wuß, die Haushälterin, gegen Abend in den Garten und bereitete ein einfaches ländliches Mal, das Herr Curtabatt in dem Seehäuschen einnahm. Oft rief er nachher Angela zu sich und erklärte ihr die aufglänzenden Sterne. Noch lieber aber saß Angela neben dem Herrn ganz stumm an einem der rundbogigen Fenster und hörte auf das leise Plätschern der Wellen und sah die purpurne Sonnenkugel auf breitem Goldsockel am Rande des Wassers glühen.

Frau Ursula Wuß ihrerseits war nicht ein bißchen eifersüchtig auf des Mädchens vertrauten Umgang mit dem Herrn. Sie freute sich im Gegenteil, daß er in der Gegenwart Angelas fröhlicher, lässiger und freundlicher wurde, so sehr gönnte sie ihm jeden kleinen Glücksstrahl.

Sanft und in mildem Frohsinn glitten so den drei Menschen die Tage durch den sonnigen Herbst in den Winter hinein. Aber dieser Frieden sollte ihnen nicht ungetrübt bleiben.

Wie ein Vorbote schlimmer Unannehmlichkeiten berührte es Herrn Curtabatt, als ihm eines Sonntags Frau Wuß meldete, Angela sei ganz verstört aus der Kirche gekommen und sitze weinend in ihrer Kammer. Herr Rudolf besann sich; er war auch im Gottesdienst gewesen, seine Gedanken waren aber wie gewöhnlich weit hinweggeschweifert von der lärmenden Predigt Althers, die ihm stets erschien wie eine dergewürzte und dickgekochte Suppe für das niedere Volk, aber unleidlich und unschmackhaft einem an edlere Speise gewöhnten Gaumen. Aber nun, da er sich besann, fiel ihm doch manches aus der Predigt ein, die vor allem gegen Zauberei, Satan und Hexen sich gerichtet hatte. Ja er hörte sogar noch einige Sätze wie etwa: „Und dieses vermaledeite Satansgezucht verbirgt sich zum Schaden frommer Christen, wie viele Exempla zeigen, oft hinter wunderlich sanften Mienen. Hütet euch vor diesen glatten heuchlerischen Gesichtern, von deren Lippen das Gotteswort scheinbar wie Honigseim fließt, im Innern gähnt ihnen ein grausernder Abgrund voll Nattern und höllischer Flammen.“ Oder: „Mit dem Satan selber treiben sie widernatürliche Unzucht, wie viele auf der Folter gestanden,

und ist darum nicht mehr als recht und billig, solche lasterhafte Brut schlimmer als wilde, unvernuftige Bestien dem Feuer zu überantworten.“

Zornig zog sich die Stirn des Herrn zusammen: „Können sie denn nie von diesem schändlichen Aberglauben lassen!“ Und dann machte er sich Vorwürfe, daß er nicht an Angela gedacht und den Eindruck der Predigt bei ihr gleich zu verwischen gesucht habe. Nun ließ er sie kommen. Sie trat ein, und ihr Gesicht schien ihm nicht nur von den roten Rändern der Augen entsetzt. Er sagte: „Setz dich zu mir!“ Angela setzte sich ihm gegenüber in den Erker und sah vor sich hin. Curtabatt suchte nach den richtigen Worten.

Im Monat Januar beginnt wieder eine neue Jahresreihe des „Bücherkreises“. Wer noch nicht gebunden ist, sollte nicht unterlassen die Mitgliedschaft im „Bücherkreis“ zu erwerben. Er wird an den gelieferten Büchern seine Freude haben.

## Vom Büchertisch.

Kulturwille Nr. 12: Deutsche Arbeiterdichtung der Gegenwart. Jahresabonnement 2,40 Mk. Einzelnummer 25 Pf.

Diese Nummer ist ein würdiger Abschluß des 3. Jahrgangs. Sie enthält zunächst einige wichtige grundsätzliche und kritische Aufsätze zum Thema Arbeiterschaft und Arbeiterdichtung: Offenburg, Arbeiterdichtung der Gegenwart; Siemer, Unser Kampf um die künstlerische Form; Kläber, Neuere Arbeiterdichtung. Die bedeutendsten unserer Arbeiterdichter, wie Lersch, Barthel, Preczang, Schönlank, Zsch, Mühsam, Becher, Toller, Grisar usw. sind mit wertvollen Originalbeiträgen vertreten, die einzeln anzuführen nicht möglich ist. — Außerdem wird in der Arbeiterschule die Diskussion über die Blankenburger Tagung mit Anna Siemens Artikel „Kunst und Sozialismus“ aufgenommen. Die Nummern sind mit Dichterporträts und einem Holzschnitt von Otto Pless: Der Dichter unserer Zeit illustriert.

Sozialdemokratischer Abreißkalender für das Jahr 1927. Vorwärtsbuchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW 68. Lindenstr. 3. Preis 2 Mk.

Wie alljährlich bringt auch jetzt wieder die Vorwärtsdruckerei und Verlagsanstalt ihren Abreißkalender heraus. Es gibt kein zweites Werk, in dem sich so zahlreiche historische Daten aus der Arbeiterbewegung finden und wo gleichzeitig die wesentlichsten anderen Daten aus Politik, Geschichte, Literatur usw. in dauernder Ergänzung vermerkt werden. Der Kalender enthält ferner die üblichen astronomischen Notizen und eine reiche Auswahl an Zitaten aus politischen und ökonomischen Werken sozialistischer Autoren. Neben statistischen Statistiken kommt selbstverständlich auch die Poesie nicht zu kurz, und in zahlreichen Sentenzen bringt jeder Tag vielfältige Anregung zum Nachdenken. Von besonderer Wichtigkeit sind die Angaben über die einzelnen Oerwerkstätten usw. Nahezu 100 Organisationen geben hier kurzgefaßte authentische Auskünfte über sich. Jedes Blatt bringt ferner ein Bild, und da der Kalender in Kupfertiefdruck hergestellt ist, kommen diese Illustrationen zu bester Wirkung. Die farbige Rückwand des Kalenders erscheint diesmal in größerem Format; sie ist von besonderer Eigenart und macht den Kalender zu einem prächtigen Wandschmuck in Wohnung und Bureau.

## Den Toten zum Gedächtnis!

1926.

† Am 11. Oktober in Bielefeld Richard Krüger, Lithograph aus Strausand, 52 J. alt, plötzlich an Herzschlag. — Eingetr. in Heilbronn am 2. September 1895.

† Am 10. Oktober in Hamburg Paul Langer, Steindruckerk aus Annaberg i. Sa., 72 J. alt, an Herzmuskelschwäche, krank 1 W. — Eingetr. in Leitelsheim i. Sa. am 11. Januar 1892.

† Am 17. Oktober in Hanau a. M. Wilhelm Ditter, Steindruckerk aus Langendiebach, 47 J. alt, plötzlich an Herzschlag. — Eingetr. in Hanau a. M. am 28. Oktober 1923.

† Am 22. Oktober in Hannover Friedrich Kötter, Steindruckerk aus Molinen, Krs. Lünebeck, 74 J. alt, plötzlich an Herzschlag. — Eingetr. in Hannover am 13. Juli 1919.

† Am 30. Oktober in Hamburg Wilhelm Götze, Steindruckerk aus Radebeul, 47 J. alt, an Lungenbluten, krank zuletzt 1 W. — Eingetr. in Dresden am 26. März 1922.

† Am 4. November in Krefeld Mathias Meyer, Steinschleifer aus Langenathem in Bayern, 66 J. alt, an Bauchgrippe, krank 3 W. — Eingetr. in Krefeld am 25. April 1898.

† Am 7. November in Bautzen Fritz Herrmann, Lithograph aus Bautzen, 58 J. alt, an Lungenentzündung, krank 3 W. — Eingetreten in Bautzen am 31. August 1919.

† Am 9. November in Berlin Ernst Pittelkow, Steindruckerk aus Belgard, 69 J. alt, an Gehirnlähmung, krank 2 J. — Eingetr. in Berlin am 22. Mai 1921.

† Am 16. November in Nürnberg Johann Crallopp, Steindruckerk aus Nürnberg, 71 J. alt, an Darmleiden und Herzschwäche, krank 22 W. — Eingetr. in Nürnberg am 1. Januar 1893.

† Am 18. November in Berlin Gustav Richter, Steindruckerk aus Magdeburg, 79 J. alt, an Arterienverkalkung, Invalide seit 10. August 1913. — Eingetr. in Magdeburg am 1. Juli 1895.

† Am 26. November in Lüdenscheid Gustav Friedrichs, Steinschleifer aus Runderoth, 62 J. alt, an Lungenentzündung, krank 5 W. — Eingetr. in Lüdenscheid am 1. Januar 1893.

† Am 26. November in Berlin Arthur Hohmann, Reproduktionsphotograph aus Halle a. d. S., 33 J. alt, an Nierenleiden, krank 2 W. und 3 T. — Eingetr. in Leipzig am 1. April 1906.

† Am 27. November in Leipzig Alfred Sandig, Steindruckerk aus Leipzig-Connewitz, 45 J. alt, an Herzschlag, krank 4 W. und 3 T. — Eingetr. in Leipzig am 19. Dezember 1899.

† Am 30. November in Berlin Hermann Markmann, Steindruckerk aus Berlin, 72 J. alt, an Luftröhrenkatarrh und Brustfellentzündung, Invalide seit 13. September 1922. — Eingetr. in Berlin am 1. Jan. 1893.

† Am 1. Dezember in Leipzig Eduard Pietsch, Steindruckerk aus Leipzig, 60 J. alt, plötzlich an Herzschlag. — Eingetr. in Leipzig am 17. August 1919.

## Ehre ihrem Andenken!

Zur gefl. Beachtung! Wir bitten sämtliche Mitgliedschaftsvorstände, uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Beifügung des Mitgliedbuches und der Sterbeurkunde stets sofort Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man uns auch gleich deren Personalien (Rufnamen, Geburts- und -jahr) mitteilen. Der Vorstandsvorsitz.

**Zinkdruckplatten**  
**Offsetplatten Zinkätzplatten**  
für Auto und Strich, prima Qualität

Karl Noss G. m. b. H., Berlin SO 36, Wiener Str. 50. Fernspr. Mor. 12289.

Suche zum möglichst baldigen Antritt einen tüchtigen

**Auto- und Strichätzer**

Carl Gelke & Co., Breslau 1, Reuschstraße 11-12.

**Hamburg**

Allen zu- und durchreisenden Kollegen bietet die neuerbaute **Heimstätte des ADGB.** angenehme Unterkunft, Logis von 1.- Mk. an